



PRESSEMITTEILUNG

Nr.
08.10.2008

Jugendbericht: Die Erkenntnisse sind nicht neu - jetzt müssen Konsequenzen gezogen werden!

Landtagsrede zum Thema "Große Anfrage der CDU – Jugend in Schleswig-Holstein"

Dazu sagt die kinder- und jugendpolitische Sprecherin der Fraktion **Monika Heinold**:

Zuerst einmal ein Dankeschön an die CDU-Fraktion als Antragstellerin, dass Sie diese umfangreiche Anfrage "Jugend in Schleswig-Holstein" gestellt haben. Das Thema ist wichtig genug, um sich damit ausführlich und systematisch zu befassen. Und ein zweites Dankeschön an die MitarbeiterInnen der Verwaltung für die Beantwortung der Fragen und das Zusammenstellen der Zahlen. Und genau bei dieser Formulierung "das Zusammenstellen von Zahlen" fängt die Auseinandersetzung mit dem Inhalt der Großen Anfrage an.

Was kann eine solche Große Anfrage an neuen Erkenntnissen bringen? Welche Handlungsmöglichkeiten zeichnen sich in dem Einhundert-Seiten-Werk ab?

Vieles, was wir in der Antwort der Landesregierung finden, ist nicht neu. Zusammengestellt wurden Ergebnisse der Shell-Studie, der JIM- (Jugend, Information, Multimedia) und KIM-Studie (Kinder, Medien, Internet, Computer), des Kinder- und Jugendgesundheitsberichtes und anderer Studien – Dokumente die schon vielfach diskutiert wurden und deren Inhalt meist bekannt ist.

Hier einige Beispiele: Es ist bekannt, dass Bildungschancen ungerecht verteilt sind. Wer als Kind nicht optimal davon profitieren konnte, der steht auch als Jugendlicher vor schwierigen Bedingungen bei der Suche nach einem Ausbildungs- oder Arbeitsplatz.

Es ist bekannt, dass der Medienkonsum stetig steigt und dass der Umgang mit den neuen Medien auch negative Auswirkungen auf die Jugendlichen hat.

Es ist bekannt, dass die Fehlernährung von Kindern und Jugendlichen verstärkt zu Übergewicht und Gesundheitsproblemen führt. Es ist bekannt, dass der Umgang mit Drogen, Nikotin und Alkohol - Stichwort "Komatrinken" – besorgniserregend ist, insbesondere bei den 11- bis-17-Jährigen.

Es ist bekannt, dass zirka zehn Prozent aller Jugendlichen die Schule ohne Ausbildungsplatz verlassen und es ist bekannt, dass Betriebe Lehrstellen nicht besetzen, weil ihnen die Qualifikation der jungen Menschen nicht reicht. Hiervon sind MigrantInnen überproportional betroffen.

Es ist bekannt, dass seit Jahren geschlechtsspezifische Angebote in der Mädchenarbeit gefördert werden, trotzdem wird die offene Jugendarbeit von männlichen Jugendlichen dominiert.

Aber auch die positiven Aussagen des Berichtes sind nicht neu: Jugendliche sind nicht Politik verdrossen, sondern sie haben keine Lust auf die herkömmlichen Parteistrukturen.

Jugendliche engagieren sich gerne – vor allem projektbezogen. Sie sind in Vereinen und Verbänden aktiv



und übernehmen Verantwortung in ihrem direkten Umfeld. Gerade Jugendliche auf dem Lande fühlen sich dort wohl, obwohl die Freizeitangebote deutlich geringer sind als in der Stadt.

Und Jugendliche sind in der Regel interessiert und engagiert. Sie nehmen an Wettbewerben, Freizeitangeboten, Beteiligungsangeboten in der Schule oder in Vereinen gerne teil.

Neue Erkenntnisse habe ich durch das Lesen der Großen Anfrage kaum gewonnen. Umso mehr stellt sich die Frage: Was nun? Sind Landtag und Landesregierung bereit, Konsequenzen aus der Großen Anfrage zu ziehen oder bleibt alles beim Alten? Nach dem Motto: "Schön, dass wir mal drüber gesprochen haben." "Ist doch toll, was die Landesregierung so alles macht?"

Meine Fraktion sieht Handlungsbedarf:

Wenn wir wissen, dass ein Drittel aller Kinder nicht in Sportvereinen sind, dann müssen wir uns überlegen, wie wir sie in den Vereinssport integrieren können.

Wenn wir wissen, dass es zehnmal mehr AnwärterInnen für ein soziales Jahr gibt, als Plätze zur Verfügung stehen, dann müssen wir überlegen, wie durch die Umschichtung von Haushaltsmitteln mehr Plätze geschaffen werden können.

Wenn wir wissen, dass der zunehmende Medienkonsum von Jugendlichen die Eltern überfordert und Jugendliche die Gefahren unterschätzen, muss es mehr Hilfestellungen für Familien geben. Angebote die aufzeigen, wie Kinder und Eltern mit diesen neuen Herausforderungen zurecht kommen können.

Auch in den Schulen muss das Erlernen von Medienkompetenz eine zentrale Rolle spielen.

Wenn wir wissen, dass fast zehn Prozent aller Jugendlichen keinen Schulabschluss erreichen, dann besteht dringender Handlungsbedarf. Gerade bei der Schnittstelle Schule und Beruf muss Schleswig-Holstein deutlich besser werden.

Wir können und wir dürfen es uns nicht leisten, dass wir jeden zehnten Jugendlichen ohne Schulabschluss entlassen. Auch finanziell ist es weder sinnvoll noch erfolgreich, wenn wir einen relevanten Teil unserer Steuermittel in Nachbesserungsmaßnahmen stecken anstatt in Vorbeugung. So sind in berufsvorbereitenden Maßnahmen inzwischen ebenso viele HauptschülerInnen wie an den berufsbildenden Schulen des dualen Systems!

Besser wäre es, sie würden die Schule so fit verlassen, dass sie sofort in eine Ausbildung gehen könnten. Zumal eine Reihe von Betrieben Ausbildungsplätze haben, die sie nicht besetzen, weil sie keine passenden Auszubildenden finden!

Meine Fraktion hat vor kurzem einen Landtagsantrag dazu eingebracht, mit dem Ziel, dass kein Jugendlicher mehr verloren geht, indem die Schulausbildung ohne Umwege in eine Berufsausbildung bzw. in ein Studium mündet. Da CDU und SPD dieses ohne Ausschussüberweisung einfach abgebugelt haben, werden wir diesen Vorschlag erneut einbringen.

Es ist für unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährlich, wenn die Arbeitslosenquote der unter 25-Jährigen bei über neun Prozent liegt. Erfreulich ist es allerdings, dass die Quote in den letzten beiden Jahren um vier Prozent gesunken ist. Aber das reicht bei Weitem nicht. Jugendliche, die keine berufliche Perspektive haben, sind empfänglicher für Drogen, für rechtsradikale Gruppen, für Gewalt und Kriminalität. Auch dieses geht aus der Antwort der Landesregierung hervor und auch dieses ist keine neue Erkenntnis. Deshalb begrüßen wir das 60 Millionen Euro schwere Handlungskonzept Schule und Arbeitswelt, das die Landesregierung im August 2007 ins Leben gerufen hat.



Insgesamt ist also festzustellen. Die Erkenntnisse der Großen Anfrage sind nicht neu. Sie lassen sich wie folgt zusammenfassen: Der überwiegende Teil unserer Jugendlichen ist engagiert, interessiert und gut in unsere Gesellschaft integriert. Nahezu ein Viertel aller Jugendlichen ist hingegen von Armut, Arbeitslosigkeit, Fehlernährung, sozialer Ausgrenzung oder Perspektivlosigkeit betroffen. Immer mehr Kinder und Jugendliche brauchen staatliche Unterstützung.

Die Landesregierung steht vor der großen Herausforderung, die Engagierten nicht zu verlieren, interessante Angebote in Schleswig-Holstein für unsere Jugendlichen auszubauen und immer wieder zu aktualisieren.

Auf der anderen Seite muss es gelingen, denjenigen neue Chancen zu geben, die bisher außen stehen. Und zukünftig zu verhindern, dass sich Außenseiterkarrieren zwangsläufig entwickeln.

Deshalb teile ich ausdrücklich die Aussage der Landesregierung, die gleich in der Vorbemerkung zur Antwort auf die Große Anfrage steht:

"Die größte Herausforderung besteht darin, Chancengleichheit und Entwicklungsperspektiven für die heranwachsende Generation in Schleswig-Holstein zu ermöglichen. Um diesen Anspruch durchzusetzen, will die Landesregierung die politischen, gesellschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen für junge Menschen verbessern und der jungen Generation Optionen für ihre Zukunft eröffnen."

Na dann mal los!

Kontakt

Monika Heinold (<http://www.sh.gruene-fraktion.de/cms/fraktion/dok/39/39873@de.html>)